

Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabende, Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 M.
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 M.
für die sechsspaltige Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen.
Am der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dajm. Der
verantwortlich für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hüfing. Druck: J. G.
Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 6

Bremen, 11. Februar

Jahrgang 1933

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!

Berlin, den 30. Januar 1933.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände

Die erste Tat der Hitler-Regierung

Als am 30. Januar etwas plötzlich Herr Adolf Hitler zum Proforma-Reichskanzler eines im wesentlichen von den Erzreaktionären Hugenberg-Papen geführten Kabinetts ernannt wurde, da wartete das ganze deutsche Volk gespannt auf die Taten der neuen Regierung. Hitler und seine Anhänger hatten ja immer wieder angekündigt, daß sie die fertigen Rettungsprogramme in der Tischschublade parat hätten, und daß man ihnen die Macht nur übergeben müsse, damit alle Not ein Ende habe. Und womit begannen sie nun ihre Ketzerei?

Werden die Trusts sozialisiert (Artikel 13 des nationalsozialistischen Programms)? Ist die Verordnung über die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben schon fertig (Artikel 14)? Wird die Altersversorgung großzügig ausgebaut (Artikel 15)? Werden die Bank- und Börsenfürsten enteignet, die Steuern gesenkt, der Mittelstand geschützt, der Landwirtschaft zu neuer Blüte verholfen? Dürfen sich die Hausbesitzer über eine neue Mietpreiserhöhung freuen oder die Mieter über eine Mietpreissenkung? Wird der Bodenzins abgeschafft, werden die sozialreaktionären Notverordnungen aufgehoben? Werden die Lohnkürzungen, die Herabsetzungen der Unterstützungssätze beseitigt? Wird der Versailler „Schandvertrag“ zerrissen? Wird der „deutsche Arbeiter der Stirn und Faust“ vor der Ausbeutung durch das Finanzkapital ge-

schützt? Wird die Arbeitslosigkeit beseitigt?

So mußte man sich doch ganz unwillkürlich fragen, wenn man die nationalsozialistischen Versprechungen aus ihren Versammlungen und ihren Zeitungen noch im Ohr hatte. Von alledem geschah nichts. Die erste Tat der neuen Regierung sieht ganz anders aus. Die „Bank- und Börsenfürsten“ läßt man vorerst unangestastet, aber das Arbeitsministerium wurde schon 24 Stunden nach der Macht-ergreifung das Ziel des Angriffs. Das Arbeitsministerium war nach der Revolution unter dem Druck der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften geschaffen worden als oberste Instanz des Reiches zur Betreuung der Sozialversicherungen, zum Ausbau der Sozialpolitik, zur fortschrittlichen Ausgestaltung des Arbeitsrechtes und Verbesserung des Arbeiterschutzes. Alle diese Fragen sollten einheitlich bearbeitet werden. Ueber ein Jahrzehnt lang ist vom Reichsarbeitsministerium viel Segensreiches für die werktätigen Massen geleistet worden. Und jetzt? Jetzt sollen alle das Tarif- und Schlichtungswesen betreffenden Fragen der Kompetenz des Arbeitsministeriums entzogen werden.

Aber damit nicht genug. Der bisherige Staatssekretär des Arbeitsministeriums Dr. Grieser wurde von dem neuen Arbeitsminister, dem Stahlhelmführer Seldte, sofort aus dem Ministerium hin-

ausgejagt. Seldte ließ Dr. Grieser, der seit 1920 an führender Stelle im Reichsarbeitsministerium tätig und als einer der ersten Fachleute der deutschen Sozialpolitik angesprochen werden kann, mitteilen, daß er sofort sein Rücktrittsgesuch vorzulegen habe. Staatssekretär Grieser hat darauf folgendes Entlassungsgesuch eingereicht:

Herr Minister! Sie haben mir nahelegen lassen, daß Sie meinen Rücktritt wünschen. Da meine Dienste von der neuen Regierung nicht mehr gewünscht werden, bitte ich hiermit um meine Entlassung.

Grieser war ein alter Beamter. Nicht einmal das reaktionäre Kabinett Papen wagte ihn zu entfernen. Grieser ist alles eher als Sozialist. Aber er ist ein entschiedener Verteidiger der Sozialversicherung und hat sich noch vor wenigen Tagen mit folgenden Worten zur Sozialpolitik bekannt:

Ihrem Wesen nach ist Sozialpolitik Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist die Grundlage von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und Quelle für die Erneuerung gesellschaftlicher Kräfte.

So etwas darf man unter dem „Volkskanzler“ Hitler nicht mehr bekennen. Da heißt es strammstehen vor den Scharfmachern. Wer auch nur im leisesten für die Arbeiterschaft eintritt, mit dem wollen die Hitler, Hugenberg, Seldte, Papen, Frick und Göring nichts zu tun haben.

Die Arbeiterschaft wird sich diese erste Tat der Hitler-Regierung gut merken. Und am 5. März zu handeln wissen.

Schafft Arbeitszeitverkürzung neue Arbeit?

Das Internationale Arbeitsamt veruchte in einem der Genfer Konferenzen unterbreiteten Bericht schätzungsweise festzustellen, inwiefern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 oder 36 Stunden wöchentlich geeignet wäre, die Arbeitslosigkeit tatsächlich zu verringern. Selbstverständlich kann es sich hier nur um Schätzungen handeln, da die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit von vielen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist, die statistisch nicht erfassbar sind, wie z. B. die Veränderungen im Volumen und in der Verwendung der Kaufkraft oder in den Produktionskosten und Verkaufspreisen infolge der Einführung der vierzig-Stunden-Woche, die Veränderungen der Arbeitsleistung usw.

Das Internationale Arbeitsamt geht zum Zwecke seiner Schätzungen davon aus, daß die vierzig oder sechsunddreißig Wochenstunden übersteigende Anzahl der Arbeitsstunden auf Arbeitslose zu verteilen ist. Diese Schätzungen werden vor allem durch die Verschiedenartigkeit der Arbeitslosen- und der Arbeitszeitstatistiken in den einzelnen Ländern erschwert.

Aus den vom Internationalen Arbeitsamt über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gesammelten Unterlagen ergibt sich, daß in Deutschland von ungefähr 8,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern am 24. September 1932 1,5 Millionen erwerbslos waren. Zum gleichen Zeitpunkt arbeiteten 40,3 Prozent der Beschäftigten verkürzt, und zwar in einem durchschnittlichen Ausmaß von je 13,7 Stunden, d. h. wöchentlich etwa 84,90 Stunden.

Die aus Frankreich mitgeteilten Angaben beziehen sich auf ungefähr 9000 Betriebe, die am 1. Oktober 1932 etwa 2,8 Millionen Menschen beschäftigten. Davon arbeiteten 71,41 Prozent länger als 40 Stunden wöchentlich, 9,11 Prozent 40 Stunden und 19,48 Prozent weniger als 40 Stunden.

Aus Großbritannien liegen nur Einzelangaben aus bestimmten Industrien vor. In der Textilindustrie liegt die durchschnittliche Arbeitszeit unter Zugrundelegung der Gesamtarbeitsverträge von 1931 und unter Berücksichtigung der Kurzarbeit, aber nicht der Mehrarbeit, beträchtlich über 40 Stunden wöchentlich. Die Arbeitszeit beträgt 45,45 Stunden in der Baumwollindustrie, 43,45 Stunden in der Wollindustrie und 44,88 Stunden in der Kammgarnindustrie.

Aus den Unterlagen über Italien geht hervor, daß 7,7 Prozent der Beschäftigten in der Woche vom 22.—27. August 1932 länger als die normale Arbeitszeit arbeiteten, 63,6 Prozent arbeiteten die normale Zahl von Arbeitsstunden und 29,8 Prozent arbeiteten verkürzt.

Für Polen erstrecken sich die Angaben aus dem Monat Juni 1932 auf 600 000 in Fabrikbetrieben beschäftigte Arbeiter, die durchschnittlich 41,5 Stunden in der Woche arbeiteten. Die wöchentliche durchschnittliche Arbeitszeit überstieg in einer Gewerbegruppe 45,5

Eine im März 1932 in Schweden durchgeführte Erhebung bezog sich auf 1900 Unternehmen in der Industrie und im Bergbau mit ungefähr 240 000 Arbeitern. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 45 Stunden wöchentlich.

Hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Amerika sei auf die Statistiken des National Industrial Conference Board hingewiesen. Danach betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in 21 verarbeitenden Industrien im September 1932 34,8 Stunden wöchentlich. Eine verhältnismäßig lange Arbeitszeit wurde in der Fleischkonservenindustrie erreicht (48,8 Stunden) und in der Baumwoll- und Seidenindustrie (47,2 Stunden). In der Schuhindustrie wurden durchschnittlich 44,5 Stunden gearbeitet.

Diese wenigen Mitteilungen über die Kurzarbeit zeigen, daß die Zahl der verkürzt beschäftigten Arbeiter von Land zu Land sehr verschieden ist. Sie lassen jedoch erkennen, daß die Kurzarbeit fast überall ein beträchtliches Ausmaß angenommen hat. Auf Grund dieser Tatsache ist oft behauptet worden, eine Arbeitszeitverkürzung hätte nur eine geringe Verminderung der Erwerbslosigkeit zur Folge. Diese Behauptung scheint nicht zu stimmen, denn die oben angeführten Zahlen zeigen, daß in allen Ländern, vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, mindestens die Hälfte, in vielen Fällen ein weit größerer Teil der statistisch erfassten Arbeitnehmer beträchtlich länger als 40 Stunden wöchentlich arbeitet. Daneben werden in zahlreichen Fällen sogar noch Ueberstunden geleistet.

Allerdings lassen die vom Internationalen Arbeitsamt zusammengestellten Zahlen erkennen, daß die Zahl der geleisteten Ueberstunden im Laufe der letzten 3 Jahre ganz beträchtlich zurückgegangen ist.

Theoretisch sind nach den Schätzungen des Internationalen Arbeitsamts bei Herabsetzung der Arbeitswoche von 48 auf 40 (36) Stunden Neueinstellungen im Ausmaß von 20 (33%) Prozent der Vollbeschäftigten und in geringerem Ausmaß im Falle der Kurzarbeiter, die länger als die vorgeschlagene neue Höchst-arbeitszeit beschäftigt sind, möglich. Da die Kurzarbeitsstatistiken fast ausnahmslos zeigen, daß in allen Ländern mehr als die Hälfte der in die Statistik einbezogenen Arbeiter voll beschäftigt ist, kann gefolgert werden, daß bei Einführung der 40-(36-)Stunden-Woche die Zahl der Beschäftigten (Vollarbeiter und Kurzarbeiter) um wenigstens 10 (16,7) Prozent vermehrt werden könnte, in vielen Fällen sogar in beträchtlich stärkerem Umfange.

Die Internationale Arbeitsorganisation hat die Arbeitszeitverkürzung immer nur als eine Teilaufgabe im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen betrachtet. Wenn es jedoch gelänge, von den schätzungsweise 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt die vom Internationalen Arbeitsamt vorsichtig geschätzten 8—6 Millionen Arbeitslosen (10—20 Prozent) infolge der Arbeitszeitverkürzung wieder in die Arbeit zu bringen, so wäre dies zweifellos ein nicht unbeträchtlicher Erfolg.

Kurze Mitteilungen

Bescheidert sind die Bemühungen, eine Preisvereinbarung mit dem Ziele einer Beseitigung des 40-Pf.-Päckchens steuerbegünstigten Feinschnitts herbeizuführen. Infolgedessen kann der Preisschub im Rauchtakgewerbe nicht aufrechterhalten werden, so daß nach Ansicht des Deutschen Rauchtak-Verbandes nichts anderes übrig bleibt, als ihn bis auf weiteres ruhen zu lassen.

Einen Reingewinn von 365 320 M hat im Jahre 1932 die Gebrüder Bernard AG. (Tabak- und Zigarrenfabriken) in Regensburg erzielt. Im Jahre vordem wurden bei einem Reingewinn von 497 473 M eine Dividende in Höhe von 12 v. H. auf 3 000 000 Stammaktien und eine Dividende in Höhe von 6 v. H. auf 5000 M Vorzugsaktien verteilt.

Die für den Rauchgenuß in Holland verausgabten Summen sind von 142 Millionen Gulden im Jahre 1923 auf 176 Millionen Gulden im Jahre 1931 gestiegen. Im gleichen Zeitraum steigerte sich der Zigarrenverbrauch von 1 043 125 533 Stück i. Werte von 73 524 071 Gulden auf 1 369 415 000 Stück im Werte von 89 637 137 Gulden und der Zigarettenverbrauch von 1 957 944 920 Stück im Werte von 35 183 748 Gulden auf 3 554 017 000 Stück im Werte von 54 484 557 Gulden, während der Rauch-

tabakverbrauch von 12 683 463 Kilogramm im Werte von 28 426 012 Gulden auf 12 812 000 Kilogramm im Werte von 28 838 182 Gulden zurückgegangen ist.

Zigarrenherstellung

Um das Gehaltsabkommen und den Manteltarif der Werkmeister

Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller (RDZ.) hat das Gehaltsabkommen der Werkmeister zum 31. Dezember 1932 sowie alle übrigen tariflichen Abmachungen zum 30. April 1933 gekündigt und den Werkmeister-Verbänden Forderungen unterbreitet, die neben anderen Verschlechterungen eine Senkung der Gehälter um 10 v. H., eine Verringerung der Feriendauer, eine Erhöhung des Gehaltsnachlasses bei Kurzarbeit und eine Beseitigung der im Tarifvertrag vorgesehenen Vergünstigungen im Krankheits- und Todesfall bezwecken. Daraufhin haben auch die Werkmeister-Verbände eine Ueberprüfung des Gehaltsabkommens und der anderen tariflichen Abmachungen vorgenommen und dem RDZ. entsprechende Gegenforderungen unterbreitet. Am 24. Januar ist in Eisenach, allerdings ergebnislos, über die beiderseitigen Forderungen verhandelt worden, so daß sich nunmehr auf Antrag der Werkmeister-Verbände das Reichsarbeitsministerium mit der Sache zu befassen haben wird.

Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise

Von Clemens Nörpel*

In der mehr als 75jährigen Geschichte der Gewerkschaften gab es manche Rückschläge. Aber mit großer Benugung konnte schon Legien auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress im Jahre 1911 feststellen:

Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich von den Unternehmern alles hüten ließen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahrzehnten eine klassenbewusste Arbeiterschaft in geschlossenen Organisationen gemacht, die große Kämpfe mit Opfermut und Selbstaufopferung führen.

Diese Aufwärtsentwicklung wurde erneut unterbrochen durch den Weltkrieg. Nach seiner Beendigung stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaften spontan von 2½ Millionen auf über 8 Millionen an. Schon hieraus ergibt sich, mit welchen Schwierigkeiten die Gewerkschaften zu rechnen hatten, denn die neu gewonnenen 5½ Millionen Gewerkschaftsmitglieder waren keine geschulten Gewerkschafter. Trotzdem gelang es den Gewerkschaften, die Arbeiterrechte auszubauen, vor allem das kollektive Arbeitsrecht zu schaffen.

Der Achtstundentag, das Tarifrecht, die verfassungsmäßige Anerkennung der Gewerkschaften, der Meinungsfreiheit sowie der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit, das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes und seiner Nebengesetze sowie das Arbeitsgerichtsrecht sind die hauptsächlichsten Errungenschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, auf Grund derer wir heute unsere gewerkschaftliche Arbeit durchführen, und zwar nicht nur wir, sondern auch unsere sämtlichen Gegner, selbst wenn sie uns so wie die Kommunisten

und Nationalsozialisten auf das allerheftigste bekämpfen.

Ueber die besonderen

Aufgaben der Betriebsräte

innerhalb und neben den Gewerkschaften besteht kein Streit mehr. Es ist so, wie es der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 einstimmig festgestellt hat:

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeiter zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gestärkt, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.

Die Ueberwachung der Durchführung der Tarifverträge, die Mitwirkung bei der Regelung der Akkordsätze, die Vereinbarung übertariflicher Zulagen, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber, wenn dieser etwa die Löhne abbauen oder Kurzarbeit einführen oder den Betrieb stilllegen will, die Sorge, daß im Falle von Kurzarbeit die Belegschaftsangehörigen rechtzeitig ihre Kurzarbeiterunterstützung erhalten, die Wahrnehmung der Interessen der Jugendlichen, insbesondere der Lehrlinge, die Ueberwachung der Unfall- und Gesundheitschutzmaßnahmen, die möglichste Verhinderung von Unfällen, die Durchführung des Entlassungsschutzes der Belegschaftsangehörigen, außerdem die wirtschaftlichen Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz und sehr viel anderes mehr, was

sich täglich vielgestaltig im Betriebsleben ergibt, das alles zusammen ist das Tätigkeitsgebiet der Betriebsvertretungen.

Hier ergeben sich dann auch sofort die unmittelbarsten

Zusammenhänge mit der Arbeit der Gewerkschaften

selbst. Die Tätigkeit der Betriebsvertretungen ist anders, je nachdem, ob ein guter oder ein weniger guter oder gar kein Tarifvertrag besteht. Die gewerkschaftlichen Grundsätze und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften, aber auch zum Beispiel die Steuergutscheine bei Neueinstellungen spielen unmittelbar hinein in die zahlreichen Verhandlungen der Betriebsvertretungen bei Stilllegungen, Betriebseinschränkungen und der Einführung der Kurzarbeit. Die Tätigkeit der Betriebsvertretungen im Unfall- und Gesundheitschutz verbindet sich zielstrebig mit der Arbeit der Gewerkschaften auf diesen Gebieten. Und die Grundsätze der Gewerkschaften für den Ausbau und die Ausgestaltung der Sozialversicherung, ihr Kampf gegen die durch Notverordnungen vorgenommenen Verschlechterungen sind nicht zu trennen von der Arbeit der Betriebsräte. Diese müssen auch in Krankheitsfällen die Arbeitskollegen vor fristloser Entlassung bewahren, sie müssen bei unvermeidbaren Entlassungen wegen vorübergehendem Arbeitsmangel mit dem Arbeitgeber eine zweckmäßige Regelung dahin vereinbaren, daß einerseits der

* Auszug aus dem vom Kollegen Clemens Nörpel am 22. Januar 1932 in Berlin gehaltenen Vortrag vor der freigewerkschaftlichen Betriebsrätekonferenz.

Unheimliche Fracht

Ein Roman aus der Südsee
von Edwin Demel

6]

Copyright by: Verlag „Das neue Geschlecht“, Frankfurt am Main

Mein Versuch, zu meiner Kabine zurückzufinden, verlief, der herrschenden Dunkelheit wegen, resultatlos. Ich erwünschte in meinem Innern die unerhörte Nachlässigkeit, bei einem solchen Wetter das Schiff ohne Beleuchtung zu lassen. Hierauf übermannte mich wieder der Brechreiz und ich mußte mich niederlegen; auf den Boden natürlich, wie sich von selbst versteht. Gleichzeitig vernahm ich zu meinen Füßen ein aus dem Maschinenraume hervordringendes, dumpfes Getöse, wirren Lärm, über dessen Natur und Veranlassung ich mir nicht im klaren war. Und wie noch mein schmerzgendes Hirn anstregte, der Sache auf den Grund zu kommen, erhellte sich mit einem Schlage der ganze Korridor, denn

sämtliche Glühlampen flammten zugleich auf.

Sofort machte ich mich wieder auf die Beine und suchte trotz des heftigen Schlingerns meine Kabine zu erreichen. Währendem vernahm ich das Gekreisch des Jaguars, das genau so wie das Weinen eines kleinen Kindes klang. Auch sprang die Tür der Kapitänkabine plötzlich auf. Und dieser Umstand bewog mich, in das Heiligtum des Schiffsgewaltigen einen Blick zu werfen. Gott segne meine Augen, ich wünsche mir derartiges nie wieder zu sehen. In der Mitte des Raumes stand Bob Corner in abschiednehmender Haltung und hielt Mrs. Ballian an seine Brust gedrückt, wobei er sich allerdings nur mühsam das Gleichgewicht wahrte.

Ich bin der Ansicht, daß man sich nie in Sachen mischen soll, die einem nichts angehen und die den anderen selbst peinlich sein könnten. Aus diesem Grunde beobachtete ich, mich schnell zurückzuziehen, doch wollte es das Unglück, daß die „Exploradora“ gerade nach hinten ausschlug und mich kopfüber in die Kabine schleu-

derte. Ich landete kniend zu den Füßen der beiden.

Nie werde ich das Entsetzen und die ratlose Wut vergessen, welche in den Zügen der Dame und des Kapitäns sichtbar wurden. Es war ein Blick tödlichen Hasses, den er mir zuwarf. Zugleich dämmerte mir das Verständnis dafür auf, warum er kein Licht des Nachts brennen ließ. Doch weitere Gedanken konnte ich mir nicht mehr machen, denn schon kam er auf mich zu.

„Ich sehe schon,“ sagte er, „du wolltest uns vorzüglich belauschen, aber mich soll der Henker holen, wenn ich dir das nicht eintränke, du verdammter Schuft. Das kommt von den dünnen Kajütenwänden; du hast also etwas gehört?“

Bei diesen Worten zog er die Tischlade auf und zog, mich mit seinen bleiernen Augen durchdringend messend, eine Hundepetische heraus. Ich hingegen griff in meine Tasche, denn es war meine Gewohnheit, stets eine Pistole bei mir zu tragen. Ich fand sie doch nicht, sie mochte mir bei meiner Exkursion verloren gegangen sein. Und wie er eben mit einem

Anspruch an die Arbeitslosenversicherungsgewährleistet, andererseits aber auch die Beziehung zum Betrieb erhalten wird (Werksbeurlaubung, Krümpersystem).

Aber gerade wegen dieser Vielgestaltigkeit der Aufgaben ist es notwendig, die Betriebsräte auch in die Lage zu setzen, sie wirklich erfüllen zu können. Die einjährige

Amtdauer der Betriebsvertretungen

Ist dazu zu kurz. Die Zeit zwischen zwei Neuwahlen ist nicht ausreichend, um sachliche Arbeit zu leisten. Denn von dieser kurzen Zeit gehen ja immer noch die unruhigen Wochen der Vorbereitung und Durchführung der Neuwahlen ab. Alljährlich kommen auch Arbeitskollegen erstmalig in die Betriebsvertretungen und müssen sich überhaupt erst einarbeiten. Um diese Mißstände zu beheben und um die Gewähr zu haben, daß das wichtige Mitbestimmungsrecht in den Betrieben auch wirklich zur Anwendung und Durchführung kommt, ist eine Verlängerung der Amtdauer unbedingt erforderlich. Der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. 1931 hat daher die Forderung an den Gesetzgeber gerichtet, die Amtdauer der Betriebsvertretungen auf zwei Jahre zu verlängern.

Wir haben in Deutschland den Dreiklang von politischen Parteien, Gewerkschaften und Betriebsvertretungen, die je für sich besondere wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Jeder Deutsche hat nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit, sich an allem zu beteiligen, seine Arbeit für die Gestaltung unserer gesamten Verhältnisse einzusetzen. Niemals kann aber eine Arbeiterbewegung vorwärts kommen, wenn ununterbrochen noch so verschiedenartige Aufgaben und Probleme obendrein noch in demagogischer Absicht durcheinander geworfen werden.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in den Betrieben hat mit Parteipolitik nichts zu tun.

Bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes hat die Parteipolitik auszuschließen,

ebenso wie bei den Wahlen der Betriebsvertretungen politische Parteien nicht mitzuwirken haben. Das Betriebsrätegesetz ist zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Angestellten dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke geschaffen worden. Die Belegschaften müssen sich mit aller Energie dagegen wehren, daß Kommunisten und Nationalsozialisten das Betriebsrätegesetz benutzen, um ihre parteipolitischen Ziele zu fördern. Die Gewerkschaften wenden sich gegen diesen Mißbrauch ebenfalls mit aller Entschiedenheit.

Es kann auch gar nicht klar und nüchtern genug ausgesprochen werden, daß die sogenannten Einheitslisten, welche die Kommunisten in den Betrieben aufzustellen versuchen, für uns als Gewerkschafter nicht in Betracht kommen.

Kein Gewerkschaftskollege hat auf einer sogenannten „Einheitsliste“ etwas zu suchen,

und jeder Gewerkschaftskollege, der es trotzdem tut, handelt gegen die Beschlüsse, die bereits der Gewerkschaftskongreß in Leipzig 1922 für die Durchführung der Betriebsrätemahlen aufgestellt hat. Die Belegschaften und die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich ein für allemal darüber klar sein, daß aus dem sogenannten Einheitsrummel der Kommunisten nichts Vernünftiges werden kann. Die Einheit der Arbeiterklasse wäre vorhanden, wenn die Kommunisten nicht vorhanden wären. Erst durch die Kommunisten ist diese Einheit der Arbeiterklasse zerstört worden und erst aus dieser Tatsache konnte sich die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei zu ihrem gegenwärtigen Umfang entwickeln. Hätten wir in Deutschland eine einzige Arbeiterklasse, dann wären unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sicher bessere. Vor allem wäre der Einfluß der Arbeiterklasse so stark, daß jeder Versuch, Republik, Parlamentarismus und Demokratie wieder zu beseitigen, schon im Keime er-

stickt würde. Statt dessen müssen die Gewerkschaftskollegen in erbittertestem Kampfe, umheult von Kommunisten und Nationalsozialisten, Republik, Parlamentarismus und Demokratie verteidigen. Wir müssen vollkommen eindeutig erklären, daß wir eine Einheitsfront mit Kommunisten, Unorganisierten und Nationalsozialisten nicht bilden.

Hat wirklich einmal eine Belegschaft bei den Betriebsrätemahlen eine kommunistische Mehrheit in der Betriebsvertretung errungen, dann verlangt die Belegschaft nun von dieser Betriebsvertretung dieselbe Tageskleinarbeit, wie sie für unsere Betriebsvertretungsmitglieder selbstverständlich ist. Die früheren Wahlen haben es außerdem bewiesen und die seit Anfang dieses Jahres stattgefundenen Wahlen beweisen es ja auch schon wieder erneut, daß in entscheidenden Augenblicken die Belegschaften doch mehr

Vertrauen zu den freigewerkschaftlichen Betriebsräten

als zu den roten Betriebsräten haben. In den Wahljahren 1930 und 1931 waren rund 87 bzw. 84 v. H. aller Arbeiter-Betriebsratsmitglieder Freigewerkschafter. Die Kommunisten konnten ihren Anteil nur von 1,5 v. H. auf rund 3,5 v. H. steigern. So fest wir auch überzeugt sind, daß die diesjährigen Wahlen kein wesentlich anderes Ergebnis zeitigen, genügen kann uns das nicht. Ebensovienig wie wir mit Kommunisten, Nationalsozialisten und Unorganisierten eine Einheitsfront bilden können, ebensovienig können wir nur auf Grund des uns bei den Betriebsrätemahlen entgegengebrachten Vertrauens die gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele verwirklichen. Dazu gehört eben mehr, nämlich starke Gewerkschaften, was bedeutet, daß es nicht genügt, nur für die Gewerkschaften seine Stimme abzugeben, sondern daß es erforderlich ist, auch Gewerkschaftsmitglied, und zwar nicht nur zahlendes, sondern vielmehr darüber hinaus tätiges Mitglied zu sein.

Nur der Selbstständigkeit der Gewerkschaften gegenüber jeder Parteipolitik ist

wilden Fluch ausholte, um zuzuschlagen, geschah etwas ganz Seltsames. Sein Blick wurde weit und starr, glitt über mich hinweg und blieb an der Tür haften, genau so, als ob er ein Gespenst sähe.

An mir vorbei schob sich ein ungestaltetes Etwas, das sich bei näherem Zusehen als Mr. Ballian entpuppte, der in Nachttoilette, die sein Neukerzes nicht gerade verschönte, zwischen uns beiden mit geballten Fäusten Stellung nahm.

„Ah“, hörte ich seine heisere, unschöne Stimme erklingen, „ein reizender Anblick, fürwahr! Wer von euch beiden ist nun eigentlich der Betrüger, der Mensch, der meine Ehre für nichts achtet?“

Mrs. Ballian stieß einen schwachen Schrei aus und sank, was bei diesem starknervigen Weibe sonderbar erschien, erbleichend auf den Rand des Bettes nieder. Mir schien, als sei sie in Ohnmacht gefallen. Bob Corner aber deutete mit erhobener Hand auf mich, wobei ein schadenfrohes Grinsen sein Gesicht verzerrte.

„Da haben Sie den Kerl“, sagte er, „ich erwischte ihn, wie er die Früchte fremder Gärten zu pflücken suchte. Wenn

Sie wollen, werde ich ihm eine Tracht Prügel verabreichen.“

Anfichts dieser beispiellosen Frechheit, dieser unerhörten Verdrehung der Tatsachen, stockte mir der Atem. Jedoch Ballian schien nicht geneigt, darauf hereinzufallen.

„Ich verstehe nur nicht“, erwiderte er, „wie der gute Mann in Ihre Kajüte hereinkommt, die Sie doch sicher nicht offen lassen. Ich hoffe, Sie haben nicht die Absicht, mir einen Bären aufzubinden. Ich mag wohl sehr einfältig sein, so einfältig aber, wie Sie glauben, bin ich nicht. Sie müssen wissen, daß ich Mr. Bowler vor kurzem an meiner Tür vorübertorkeln sah, wobei er infolge des durch ihn verursachten Lärms meine Aufmerksamkeit auf sich zog. Uebrigens habe ich bei meinen früheren Fahrten bereits Unrat gerochen und bemerkt, daß nicht alles so war, wie es sein sollte. Und was den heutigen Vorfall betrifft, nun, ich konnte eben meine Frau nicht entdecken, die sich vermutlich während meines festes Schlafes entfernte, um zu Ihnen zu gelangen. Daher ging ich der Sache nach.“

Ich hatte zu Mr. Ballians körperlichen Fähigkeiten kein allzu großes Vertrauen, da ich mir bei näherer Betrachtung sagen mußte, dieses Männchen könne kaum imstande sein, es mit dem zwar kleinen, aber ungewöhnlich kräftigen Kapitän aufzunehmen. Daher verfolgte ich den Verlauf der Unterredung mit einiger Besorgnis. Und wirklich ließ Bob Corner die Peitsche wie prüfend durch die Hand gleiten, indem er dabei das linke Auge zukniff und drohenden Tones fragte:

„Wie meinen Sie das, lieber Freund?“

„Der Teufel ist Ihr lieber Freund, aber nicht ich.“

„Sie haben doch nicht etwa die Absicht, mich, Bob Corner, zu verdächtigen? Mich, den Kapitän dieses Schiffes?“

„Das möchte ich allerdings tun.“

„Wenn dies der Fall sein sollte, würde ich mich zu meinem Bedauern genötigt sehen, die Tracht Prügel, welche ich diesem jungen Manne zugebracht hatte, Ihnen zu verabfolgen.“

„Wie?“ fragte der andere, indem er sich halb umwandte und mir sein Gesicht

zu verdanken, daß es gelungen ist, Tariflohnminderungs-Motverordnung am 5. September 1932 zu Fall zu bringen. Der Widerstand der Belegschaften gegen die Durchführung dieser Eingriffe das Tarifrecht unter Führung ihrer Gewerkschaften war die unbedingte Voraussetzung für das spätere Eingreifen der politischen Parteien. Die parteipolitischen Gegensätze hindern auch die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungs-Programms. Und hier waren es die Gewerkschaften, die allein in der Lage waren, ein einheitliches Arbeitsbeschaffungs-Programm aufzustellen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die im Höchsthalle 40 Wochenarbeitsstunden kann wiederum nur in erster Linie durch die Gewerkschaften durchgeführt werden. Wäre auch nur die Mehrheit der deutschen Arbeiter und Angestellten Gewerkschaftsmitglieder, alles was wir ungünstigen der Arbeiterklasse in den zurückliegenden Jahren erlebt haben, wäre, denn auch nicht ganz vermeidbar, so doch anders und ohne oder mit geringeren Opfer der Arbeiterklasse zu regeln gewesen. Deshalb kann auch heute auf dieser Konferenz nur der Ruf an die deutschen Arbeiter und Angestellten gehen: schafft euch endlich starke Gewerkschaften,

die allein die Gewähr für die Erhaltung der Arbeiterrechte und für deren Ausbau bieten.

Die Betriebsräteurnewahlen 1933 werden und müssen daher wiederum unter der Parole der

Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften

stehen. Jede parteipolitische Einflußnahme auf die Durchführung der Betriebsräteurnewahlen und des Betriebsrätegesetzes haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften mit aller Energie zurückzuweisen. Ebenso entschieden haben aber die Gewerkschaftsmitglieder auch bei dieser Gelegenheit für die Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der vierzigstündigen Woche, auf Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und auf Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Für diese Forderungen müssen die Belegschaften gewonnen werden. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsräteurnewahlen 1933 stehen. Als Ausfluß dieser Erkenntnis müssen die Belegschaftsangehörigen, soweit das noch nicht der Fall ist, endlich auch Gewerkschaftsmitglieder werden und die breite Kampffront der Gewerkschaften für die Durchführung ihrer Ziele verstärken.

die Höchstgrenze für den tatsächlichen Arbeitstag und die Arbeitswoche für Mädchen und Frauen zwischen 16 und 18 Jahren mit 11 bzw. 60 Stunden und für Mädchen und Frauen über 18 Jahre mit 11 bzw. 66 Stunden. Im Jahre 1900 wurde in Frankreich die Arbeitszeit für Frauen auf 10 Stunden täglich herabgesetzt.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die junge Arbeiterbewegung in allen Staaten den Versuch machte, die Arbeitszeit der Frauen gesetzlich zu regeln. Nach dem Kriege wurde durch das Internationale Arbeitsamt eine internationale Regelung der Arbeitszeit für Frauen erstrebt. Eine treffliche Studie unter dem Titel „Die Regelung der Frauenarbeit“ legt das I.A.A. in dieser Frage vor. Das Übereinkommen über die Frauenarbeit in Washington vom Jahre 1919 wurde bisher von 15 Staaten ratifiziert und zwar bedingungslos von Belgien, Bulgarien, Chile, Griechenland, Indien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Spanien und die Tschechoslowakei, bedingungsweise von Frankreich, Italien, Lettland, Oesterreich; außerdem ist die Ratifizierung genehmigt in Kuba und empfohlen in Argentinien, Brasilien, Deutschland, Kolumbien, Holland, Paraguay und Uruguay.

Rampf um die Arbeitszeit der Frau

Für die Frau ist die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der wichtigste Punkt der Sozialpolitik. In den meisten Staaten ist die Arbeitszeit der Arbeiterinnen heute im Rahmen der allgemeinen Sozialpolitik geregelt. Der Kampf um die Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen dauert bereits 100 Jahre.

In Großbritannien wurde 1844 durch den Erlaß eines Fabrikgesetzes die tägliche Arbeitszeit für Frauen auf 12 und in den Sonntagen auf 9 Stunden festgesetzt. Spätere Abänderungen setzten die Arbeitszeit für Textilfabriken auf täglich 10 und Sonntags auf 5½ Stunden herab.

In Deutschland setzte das Gesetz zur Abänderung der Gewerbeordnung von 1891 die Arbeitszeit für Frauen auf 11 Stunden und an Sonntagen auf 10 Stunden fest. 1908 erfolgte eine weitere Herabsetzung auf 10 bzw. 8 Stunden. Das Arbeitszeitgesetz von 1918 brachte die Vereinheitlichung der Arbeitszeit für Männer und Frauen.

In Frankreich wurde 1848 die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt. Eine Sonderregelung für Frauen erfolgte nicht. Das Gesetz vom Mai 1874 beschränkte lediglich die tägliche Arbeitszeit für Kinder und jugendliche Frauen. Das Gesetz vom November 1892 bestimmte

Die kürzeste gesetzlich festgelegte Arbeitszeit für Frauen besteht in Neuseeland und Peru mit 45 Stunden wöchentlich. Die längste Arbeitszeit hat Japan, dieser imperialistische Raubstaat, wo das Fabrikgesetz von 1923 den elfstündigen Arbeitstag für Frauen, einschließlich einer Ruhepause gestattet. Die höchste Arbeitszeit für Frauen in einschichtigen Fabriken beträgt 12 Stunden, in Bergwerken beträgt sie 11 Stunden und kann auf 12 Stunden ausgedehnt werden. So ist die Regelung der Frauenarbeit in der Welt verschieden. Der unablässigen Bemühung des Internationalen Arbeitsamts, zu einer generellen Regelung zu kommen, ist deshalb der größte Erfolg zu wünschen.

umkehrte, das von infernalischem Hass labilisch verzerrt war. „Was sagen Sie dazu, Mr. Fowler? Er will mich schlagen! Ich, den Dompteur! Ich kalkuliere, ich bin schon mit ganz anderen Bestien fertig geworden, als dieser Bob Corner es ist. Ich glaube wohl, daß er sich die Kräfte eines Löwen anmaßt, aber er besitzt sie nicht.“

Dann sahen sie einander sprungbereit, wie wilde Tiere an, die im Begriffe sind, in einander zu zerfleischen, wogegen Mrs. Ballian regungslos am Bette lag; entweder war sie wirklich ohnmächtig, oder suchte sie das nur vor.

Doch fand diese interessante Auseinandersetzung ein jähes Ende, da eine unermartete Unterbrechung eintrat. Die „Exploradora“ tanzte nämlich wie eine Ballettdame auf irgendeinem Wogenstamm empor und die Begleiterschneidung dieses Benehmens war, daß wir im nächsten Moment einen wirren Knäuel durcheinanderpurzelnder Gliedmaßen bildeten. Raum waren wir wieder auseinander, so erschien auch schon ein unerwarteter Bierter auf der Bildfläche.

Wie aus einer Kanone geprellt schellte, einen Schwall Wassers vor sich hersegelnd, der Rudergast herein, den ich vorhin am Verdeck zu sehen geglaubt. Sein Südwesten war ganz zerbeult und troff vor Nässe. Auch war sein Aussehen direkt unmeniglich zu nennen, denn nie sah ich ein Gesicht, das mir so bleich und angstzerrissen entgegenstarrte, wie das seine. Er konnte sich kaum stehend behaupten und suchte einen Halt an den Wänden. Die blauen Lippen zitterten und ließen Speichel sehen, der zur Erde tropfte, wie das bei solchen Menschen der Fall ist, die nahe daran sind, verrückt zu werden. Und wirklich überraschte uns sein Erscheinen so, daß wir, unseren Sader vergebend, wie Delgöhen am Blase verharrten, ihn wortlos anjahen. Eine unheimliche Spannung hatte sich unserer bemächtigt, wir alle ahnten ein unangenehmes Geschehnis.

„Helfen Sie, Kapitän“, gurgelte er wie einer, der im Begriffe ist, zu ertrinken. „Der Teufel ist los und wir sind verloren, wenn Sie nicht eingreifen. Meuterei!“

Bob Corner, der vorhin noch so Selbstbewußte, verlor bei diesen Worten die

Fassung, weil er wohl an alles andere, nur nicht an derartiges gedacht hatte.

Sogar Mrs. Ballian erhob sich schnell vom Bette und näherte sich uns mit zitternden Knien. Ich sah, wie sie die hebende Hand gegen die schwer atmende Brust drückte. Ganz allein ihr Mann schien von den Vorgängen nicht berührt zu werden, ich glaubte sogar, auf seinen Lippen ein triumphierend höhnisches Lächeln wahrzunehmen. Und er machte auch keine Miene, dem Rudergast beizuspringen, als dieser, nachdem er bisher furchtschlotternd an der Wand gelehnt, halb ohnmächtig zu Boden sank.

Ich muß sagen, daß sich auch meiner eine nicht geringe Bestürzung bemächtigte, wie das ja begreiflich ist, denn das Schlimmste, was je zur See geschehen kann, ist wohl eine Meuterei, die unter allen Umständen für eine der beiden Parteien, in die sich die Besatzung spaltet, schrecklich endet. Und so standen wir da, sahen einander an, bis sich endlich der Kapitän aufrasste und den Rudergast fragte, was denn eigentlich geschehen sei.

13. Bundesausschußsitzung des ADGB.

In seinem Bericht vor dem Bundesausschuß, der am 31. Januar tagte, gab Leipart einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am 28. und 30. Januar wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinett anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er seine parlamentarische Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hiervon keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon am 30. Januar von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz geredet worden.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seither. Organisation — nicht Demonstration: das ist

die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Graßmann ergänzte den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte.

Die Aussprache

ergab in eindrucksvollster Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verhandlungsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es verteidigte sich von selbst, daß die Zusammenkunft dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuber-

sicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, konnten nicht von ungefähr, sie stammen aus genauen Kenntnissen der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen gehen sah, von dem die Sage ging, er die Arbeiterbewegung endgültig nichtigen werde. Dieses Bewußtsein ist die feste Grundlage der Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung — in rücksichtsloser Ausnutzung der Machtverhältnisse, die gegenwärtig für sie zu liegen scheinen — eine risikofolle Zeit, vielleicht gar einen weiten Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne herholen und Einrichtungen schaffen, die bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen —, die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge müßten Rückschritt folgen können. Die Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auf diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unseren Organisationen fremd hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

„Ich weiß selbst nicht, wie es kam“, sagte er. „Es geschah alles so plötzlich. Mr. Skallefanger schickte mich nach unten, den Kapitän zu rufen, weil die Abförsätze da sei. Ich fand die Tür verschlossen und begab mich in den Maschinenraum, wo ich ihn zu finden hoffte. Ich war eben angelangt, als sie mit einem Male hereinstürmten, ich meine die Leute von der Bordwache, und die, welche aus ihren Kojen gekrochen waren. Der Ingenieur inspizierte gerade — —“

„Wie?“ unterbrach ihn der Kapitän, „und ihr leistet keinen Widerstand, ihr laßt die Schurken eindringen, ihr jagtet sie nicht zum Teufel?“

„Weil wir nichts Böses ahnten, konnten wir keinen Widerstand leisten. So wurden sie schnell mit den anderen fertig, nur ich entwichte, da sie mich übersahen.“

„Wo aber sind sie jetzt, sie müssen wohl gleich kommen?“

Bei dieser Frage des Kapitäns wandte ich mich unwillkürlich der Tür zu, erwartete ich doch, jeden Augenblick einen Haufen wütender Kerle eindringen zu sehen.

„Ja, sie können eben nicht kommen“, fuhr da der Rudergast mit einem schwachen Lächeln fort, „denn ich hatte die Geistesgegenwart, sogleich die Zugänge ins Schloß zu schlagen und den schweren Vorlegbalken zuzuschieben. Sie sitzen zwar unten und haben die Kessel und Maschinen in ihrer Gewalt, können aber nicht herauf.“

Wir atmeten alle erleichtert auf.

„Hierauf lief ich an Deck, um den Kapitän zu suchen, den ich aber nirgends finden konnte, bis mir der erste Offizier die Auskunft gab, er müsse in seiner Kajüte zu finden sein. Und da bin ich.“

„Warum aber?“ stammelte Bob Corner, „ich verstehe das alles nicht!“

„Warum?“ erwiderte der Unglücksbote, „ich hörte sie schon gestern davon reden, wie unzufrieden sie mit unserer Fracht seien und daß es nicht angehe, derlei zu dulden. Sie alle waren der Ansicht, ein Transport lebender Tiere könne nur Unheil bringen. Und sie verschworen sich, Gewaltmittel zu ergreifen, sobald sich das geringste Unwetter zeige. Und heute Nacht brach der Sturm aus.“

„Und warum haben Sie das nicht gemeldet?“ schrie ihn der Kapitän an. „Sie mußten also, worum es sich handelt?“

„Ich nahm die Sache nicht ernst, es sind doch die Janmaaten immer unmutig und unzufrieden, schimpfen stets auf das Schiff und die Offiziere, ohne deshalb zu rebellieren.“

„Und weiß Bjöwulf Skallefanger sich davon?“

„Ich sagte es ihm, doch er meinte, könne nicht vom Rad weg und jetzt schied gar nicht, weil wahrscheinlich keine Lösung kommen werde. Er bat, Sie möchten ihm, falls es Ihnen möglich wäre, einen zuverlässigen Mann hinaufzuschicken, denn er getraue sich wohl, die Meuterer zur Reize zu bringen.“

„Wen soll ich aber schicken?“ meinte kopfschüttelnd der Kapitän. „Das Maschinenpersonal ist gefangen, die übrige Mannschaft in Aufzehr. Bleiben also noch die Passagiere. Sie und ich. Wahrscheinlich, eine böse Sache und ich weiß nicht, wie ich sie deckeln soll. Wollen Sie sie leicht gehen?“

(Fortsetzung folgt)

Hilft Adolf Hitler den Tabakarbeitern?

Bei Reichstagswahl am 6. November wurde an die Tabakarbeiter des Ravensberger Landes ein Flugversteht, in dem — von der üblichen Klumpfung der SPD. und ihrer „abgefehen“ — folgende Forderungen enthalten waren:

fortige Aufhebung der Tabaksteuerordnung vom 1. 12. 30, die zur Stillsetzung der Hälfte aller Tabakwarenbetriebe Brotlosmachung von rund 50 000 Arbeitern und Angestellten geführt hat;

Aufhebung eines Lohnes für den Tabakarbeiter, der der Lohnhöhe vor dem 1. 12. 30 entspricht, damit dem Tabakarbeiter heute die Lebenshaltung wie vor der Tabaknotverordnung vom Dezember 1930 gestattet wird.

Abhebung dieser Tariffälle wird mit Strafe belegt.

der Aufstellung dieser Forderungen die Nationalsozialisten in Opposition. Dagegen haben wir nunmehr eine Regierung, an der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP.) maßgebend beteiligt ist. Es ist also, wenn bei den Nationalsozialisten Worte und Taten übereinstimmen, nichts mehr im Wege, den aufgestellten Forderungen Geltung zu verschaffen. Demzufolge müßte sich die weitere Entwicklung der Dinge jetzt folgendermaßen gestalten:

Adolf Hitler, der als Reichskanzler die Linien der Politik zu bestimmen hat, hat dem Reichsminister der Finanzen, Grafen von Schwerin-Krosigk den Auftrag, sofort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, die den Tabakzoll auf 180 M für den Doppelzentner die Bänderolsteuer für Zigarren von 20 auf 23 v. H. des Kleinverkaufspreises erhöhte, außer Kraft setzen zu lassen. Einem etwaigen Einwand des Reichsministers der Finanzen, daß für den eintretenden Ausfall an Einnahmen Ersatz geschaffen werden müßte, weist Reichskanzler Adolf Hitler mit Hinweis auf die von den Nationalsozialisten geforderte Enteignung der Banken und Börsenfürsten, die nunmehr in Wirklichkeit umzusetzen sei, zu benehmen wissen.

Bei dieser Besprechung läßt der Reichsminister den Krisenminister Hugenberg den Arbeitsminister Selbte zu sich rufen, und beauftragt sie, alle ihnen Verfügung stehenden Machtmittel einzusetzen, um die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter auf den Stand vor dem 1. Dezember 1930 zu bringen und damit die zwischen erfolgten Lohnsenkungen abzuwehren und indirekter Art wieder rückgängig zu machen. Gelegenheit dazu bietet die von den Tabakarbeiter-Verband eingeleitete Tarifbewegung in der Zigarrenherstellung. Da mit der Bewegung der dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller (RZV.) unterstellten Forderungen die Löhne noch auf den Stand vor dem 1. Dezember 1930 kämen, würden die Tabakarbeiter in die sicher gerne bereit sein, ihre Forderungen zu korrigieren.

Zum Schluß läßt Adolf Hitler den Justizminister Dr. Gürtner zu sich kommen und verlangt von ihm die Ausarbeitung eines Gesetzes, das alle tarifbrüchigen Zigarrenfabrikanten mit Freiheitsstrafe belegt. Der nationalsozialistische Führer in Alverdisen, Herr Hollenberg, und andere Zigarrenfabrikanten beglückwünschten sich, daß die Harzburger Front nicht früher regierungsfähig geworden ist, da sie sonst schon hinter Schloß und Riegel gefesselt hätten.

Wie gesagt, so müßten sich die Dinge nunmehr entwickeln, wenn bei den Nationalsozialisten Worte und Taten übereinstimmen würden. Die Wirklichkeit ist natürlich anders: Da präsidiert der Führer der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ einem Kabinett, in dem ausgesprochene Feinde der Arbeiterbewegung, des Tarifrechts und einer fort-

schriftlichen Sozialversicherung, sowie Anhänger niedriger Löhne tonangebend sind. Von dieser Regierung hat die Tabakarbeiterschaft also keinerlei Hilfe zu erwarten. Aus diesem Grunde werden unsere Kolleginnen und Kollegen gut tun, sich nur auf ihre eigene Kraft zu verlassen, die in der Organisation liegt. Sie werden dann vor Enttäuschungen bewahrt bleiben und zu jeder Zeit im Deutschen Tabakarbeiter-Verband einen starken Rückhalt haben.

Im übrigen kann es durchaus nichts schaden, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen den nationalsozialistischen Phrasenhelden überall und immer wieder die Frage vorlegen, was Adolf Hitler denn nun schon getan habe, um den im Flugblatt seiner Parteifreunde aufgestellten Forderungen für die Arbeiter der Tabakindustrie Geltung zu verschaffen.

Pensionskasse für Zigarrenarbeiter in Holland

Zwischen der Römisch-Katholischen Arbeitgeber-Organisation zu Eindhoven und unserer Bruderorganisation, dem Niederländischen Zigarrenmacher- und Tabakarbeiter-Verband zu Amsterdam, dem Römisch-Katholischen Tabakarbeiter-Verband zu Eindhoven und dem Christlichen Bund von Zigarrenmachern und Tabakarbeitern zu Amsterdam ist die Errichtung einer Alterspensionskasse für die Mitglieder der genannten Verbände vereinbart worden. Die Kasse, für die vorläufig eine Lebensdauer von 30 Jahren vorgesehen ist, nennt sich: Niederländischer Pensionsfonds für die Zigarrenindustrie und verwandte Berufe, Sitz Eindhoven.

Der Statutenentwurf dieser Pensionskasse sieht vor, daß 2 v. H. des Lohnes, wovon die eine Hälfte vom Arbeitgeber und die andere Hälfte vom Arbeitnehmer getragen wird, in die Pensionskasse zu zahlen sind. Die Einzahlung soll mit der ersten Februarwoche, die Auszahlung der Pensionen mit der ersten Märzwoche 1933 beginnen. Die Pension, die alle Mitglieder erhalten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben und nicht mehr arbeiten (es sind zurzeit 388), beträgt für die ersten fünf Jahre wöchentlich 3,25 Gulden. Dieser Satz steigt alle fünf Jahre um 60 Cents bis zum Höchstbetrag von 8,70 Gulden die Woche nach einer Mitgliedschaft von 45 Jahren. Für Arbeitnehmer, welche sechs Jahre ununterbrochen oder zehn Jahre mit Unterbrechungen Beiträge entrichtet haben und zu einem anderen Beruf übergehen, ruht die Versicherung, wenn sie es nicht vorziehen, ihre eingezahlten Beiträge zurückzuverlangen und damit überhaupt auszuschneiden.

Die Beiträge werden durch die Arbeitgeber eingezogen und sind von diesen mit ihrem eigenen Anteil alle vier bis fünf Wochen an die Pensionskasse abzuführen. Arbeitgeber, die zwei Perioden mit der Abführung der Beiträge im Rückstand bleiben, werden von ihrer Organisation gemahnt. Erfolgt die Abführung auch dann nicht, so werden die Bei-

träge gerichtlich eingezogen. Ebenso werden versicherte Arbeiter, welche vier und mehr Wochen mit ihren Beiträgen restieren, verwahrt. Erfolgt dann innerhalb 14 Tagen keine Zahlung der schuldigen Beiträge, so verlieren sie ihre Mitgliedschaft in der Pensionskasse. Bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sind die Versicherten vom Beitrag befreit. Dauert die Arbeitslosigkeit mehr als ein Jahr, scheidet der Versicherte aus. Bei seinem Wiedereintritt können die bisherigen Beiträge angerechnet werden.

Der Vorstand der Pensionskasse, der aus acht Personen und acht Stellvertretern besteht, wird je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmern gebildet. Die Ernennung erfolgt durch die angeschlossenen Organisationen. Jedes Jahr hat eine aus zwölf Delegierten bestehende Versammlung, die sich je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzt, stattzufinden, in welcher der Vorstand Berichte und Rechnungsablage zu geben hat.

Die Römisch-Katholische Arbeitgeberorganisation, sowie der Römisch-Katholische und der Christliche Arbeitnehmer-Verband stimmten der getroffenen Vereinbarung vorbehaltlos zu, während der Niederländische Zigarrenmacher- und Tabakarbeiter-Verband, unsere Bruderorganisation, eine Urabstimmung unter seinen Mitgliedern vornehmen läßt, wobei er die Annahme des Statutenentwurfs befürwortet. (Wir werden die Leserinnen und Leser über das Ergebnis der Urabstimmung unterrichten.)

Nicht beteiligt an dieser Abmachung sind eine Arbeitgeberorganisation und von Arbeiterseite die Federation. Weiter entnehmen wir einer Mitteilung der „Süddeutschen Tabakzeitung“, daß der Bund niederländischer Zigarrenmacher beschlossen hat, der Pensionskasse nicht beizutreten, da nach seiner Ansicht die ausgeschüttete Pension zum Lebensunterhalt nicht genügt und die Zigarrenmacher deshalb auch nach Erreichung des 65. Lebensjahres gezwungen sind, weiter zu arbeiten.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Klein-Krohenburg. Die Jahresversammlung unserer Zahlstelle hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Der 1. Bevollmächtigte Kollege **Kilian Schwab** gedachte unserer im letzten Jahre durch den Tod von uns geschiedenen Kolleginnen und Kollegen, unter denen sich auch unser über 26 Jahre lang als Unterkassierer tätig gewesene **Matthäus Weißbender** befindet, der insbesondere jederzeit die Interessen der Organisation nach innen und außen wahrnahm und sein ganzes Wollen und Können in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stellte. Die Versammelten ehrten das Andenken der leider allzufrüh Verstorbenen durch Sitz-Erheben von ihren Sigen. Der 1. Bevollmächtigte erstattete sodann den Jahresbericht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich im Berichtsjahre weiter unangünstig entwickelt. Des weiteren behandelte Redner die Lohngestaltung hier am Orte, sowie die Frage der Agitation in der nächsten Zeit. Pflicht eines jeden Mitgliedes sei es, auf die Innehaltung des Tarifes zu achten und die Gewerkschaften, das einzige Bollwerk der Arbeiterschaft in der heutigen Zeit, zu fördern. Der 2. Bevollmächtigte Kollege **Johann Puth** gab den Kasienbericht vom 4. Quartal 1932, welcher einstimmig genehmigt wurde. Einstimmig wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Die drei Bevollmächtigten **Kilian Schwab**, **Johann Puth** und **Jacob Mergel**, sowie die Revisoren **Andreas Weißbender** und **Valentin Wolf** wurden einstimmig wiedergewählt. Um den Kolleginnen Gelegenheit zu geben, sich in die Verwaltungsarbeiten einzuleben, wurden die Kolleginnen **Berta Lefrancois**, **Barbara Kopp** und **Frankiska Rohe** dagugewählt. Sodann behandelte der 1. Bevollmächtigte in sehr ausführlicher Weise die Kündigung des Reichs- und der Bezirksstarife, sowie die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Anschließend gab Kollege **Adermann** (Hanau) einen sehr ausführlichen Bericht über den 21. Verbandstag und die Einmütigkeit desselben. Lebhafter Beifall begleitete die Ausführungen des Kollegen **Adermann**; die vom Verbandstage bewilligte Sonderunterstützung fand dankbare Anerkennung. Nach Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten fand die Versammlung nach einem gemüthlichen Beisammensein ihr Ende.

Schöneck. Am 27. Januar fand im Ratsteller unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Durch Erheben von den Plätzen wurde der verstorbenen Mitglieder **Helene Braun**, **Martha Schilbach**, **Gustav Meinel** und **Anna Kriegbaum** ehrend gedacht. Dann gab der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß sich unsere Zahlstelle trotz der schlechtesten wirtschaftlichen Not, der schweren Arbeitslosigkeit und anhaltender Kurzarbeit gut gehalten hat. Am Jahresabschluss konnten wir 836 Mitglieder zählen, darunter 695 weibliche. Arbeitslose sind 117, darunter 88 weibliche zu verzeichnen. Mitteilungsblätter und Einladungen wurden 26 angefertigt, Gesuche und Einpruchsschreiben 71. Eingänge waren 236 und Ausgänge 182 zu bearbeiten. 867 Mitglieder waren Leser unserer Bibliothek. Verhandlungen mit Firmen machten sich 26 nötig, an Arbeitslohn und Feriengeld konnten für 183 Arbeiter 104,32 M. herausgeholt werden. Verhandlungen und Vertretungen im Arbeitsamt machten sich 19 notwendig. Für 5 Mitglieder konnten 136,83 M. Mart. Unterstützungsgelder als Nachzahlung erwirkt werden. Im Jahre 1931 betrug die Summe der erwirkten Nachzahlungen durch Arbeitsamt und Firmen über 7000 M. Ferner wurden 12 Monatsberichte mit 19 Einzelberichten angefertigt. Beschäftigt wurden die Konferenzen und Sitzungen des AOB. Sachsen, des Ortsausschusses, des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamts, eine Betriebsratskonferenz des Sächsischen Betriebs, eine Gau-

konferenz, der Verbandstag usw. In das Erholungsheim Bad Deynhaußen konnten wir 7 Kinder unterbringen. An den Tarifverhandlungen in Leipzig nahm der Vorsitzende als Mitglied des Tarifausschusses teil. Es fanden 32 verschiedene Versammlungen und 2 Vortragsabende sowie das 50jährige Verbandstjubiliäum statt. Die Arbeitszeit war bei den meisten Firmen auf 2 bis 4 Tage beschränkt, nur eine Firma konnte voll bzw. Ueberstunden arbeiten lassen. Aus dem Kasienbericht war zu entnehmen, daß sich der Markenumsatz und somit auch die Einnahmen ziemlich stark verringert haben. Die Postkasse hat einen Bestand von über 800 M. Dann gab Kollege **Ficker** einen Bericht vom Verbandstag und betonte, daß dieser einen kameradschaftlichen Eindruck hinterlassen habe. Abschließend wurde die Ortsverwaltung in ihrer seitherigen Befolgung einstimmig wiedergewählt. Dieses brachte durch den Vorsitzen-

den zum Ausdruck, daß sie auch im neuen Kampffahr die Interessen der Schöneckertabakarbeiter wieder vertreten werde und all ihre Kraft zur Verfügung stelle, wie sie bisher ebenfalls getan habe. Kollege **Ficker** gab noch bekannt, daß unserseits der Tarif aufgekündigt wird, da die Löhne viel zu gering sind. In einer der nächsten Versammlungen wird unser Gauleiter zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Zum Schluß wurden noch verschiedene Angelegenheiten behandelt, u. a. die bevorstehenden Betriebsratswahlen, die wieder einheitlich durchgeführt werden sollen. Auch soll die begonnene Hausagitation verstärkt durchgeführt werden. Der Jahresbericht wird jedem Mitglied gedruckt zugestellt. Mit mahnenden Worten an die Versammelten, mitzuhelfen, um unsern Verband stark und gefestigt zu erhalten, schloß Kollege **Ficker** mit dem Kampfruf Freiheit die gut verlaufene Versammlung.

Feierstunde in Altlußheim am 28. Januar

Eifriger Wind segt vom Rhein her durch die nachtdunklen Straßen. Nicht verumumte Gestalten tauchen beim Schein der Straßenlaternen auf — verschwinden wieder. Immer mehr werden es, je mehr wir uns unserem Ziele nähern. Vor dem Eingang „Zur Pfalz“ drängen sich Leute, noch ein paar Stufen, und wir schälen uns aus den Mänteln. Wohligh ziehen wir die warme Luft durch die Nase. Durch die offene Saaltüre leuchten einladend weiß gedeckte und mit Blumen geschmückte Tische. Eilfertig richten noch einige Kolleginnen dies und das, damit alles klappt, während immer mehr zur Türe hereindrängen, einige Augenblicke sich erstaunt umsehen und zögernd sich an den geschmückten Tischen einen Platz suchen. Um 8 Uhr ist der Saal dicht besetzt, von den 240 Mitgliedern sind 230 erschienen, man sieht alte und junge Gesichter — alte mit tiefen Furchen und Linien, mit gebeugten Rücken — junge, viel junge, mit leuchtenden, hoffnungsreichen Augen — sie sind alle gekommen, mit Ausnahme der Kranken.

Die Vorsitzende der Zahlstelle, unsere ebenso schlichte wie treue Kollegin **Kuppinger**, heißt mit herzlichen Worten die Erschienenen willkommen. Kaffee und Kuchen werden von den jungen, nimmermüden Kolleginnen gereicht. Zwischen das Klirren der Tassen und Löffel mischen sich die Klänge der Kleinen „Hauskapelle“. An jedem Tisch wird gelacht und geschmaust, vergessen sind die vielen, harten Sorgen des Alltags.

Doch nicht nur für das leibliche Wohl hat das mit soviel Liebe zusammengestellte Programm gesorgt. Auf der Bühne zeigen Kollegen und Kolleginnen einen kleinen Ausschnitt aus der Wirklichkeit der brutalen, kapitalistischen Wirtschaftsmethoden.

Später spricht Kollegin **Marie Wolf** (Heidelberg) zu den Anwesenden. Hier spricht eine Frau, deren Leben immer nur Arbeit war, Arbeit in der Fabrik, zu Hause, in der Bewegung, zu den Frauen, die auch eingespannt sind in die harte Fron des Proletariatschicksals. Es ist sehr still in dem großen Saal; sie spricht von den harten, jahrelangen Kämpfen der Arbeiterklasse, um das zu erreichen, was heute von so vielen als etwas Selbstverständliches hingenommen wird, von den Kämpfen um die Sozialgesetzgebung, um die Gestaltung der Arbeitszeit, den Schutz der

arbeitenden Frau und Mutter, den Schutz der jugendlichen Arbeiterin. Gerade der Jugend gilt ihre Mahnung, nicht nur zu hoffen, sondern auch zu kämpfen, ihr Appell, sich zusammenzufinden, um sich für den Kampf mit geeigneten Waffen zu schulen. Sie fordert die Anwesenden auf, alle Tabakarbeiter, die noch beiseite stehen, zu mobilisieren, denn schwer werden auch noch die Kämpfe sein, die jetzt im Augenblick den Zigarrenarbeitern um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bevorstehen.

In ihr Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband stimmen alle freudig ein die Hände ballen sich zur Faust, unser Freiheitruf füllt den Saal — ein Treuegelöbniß in der Stunde der Gefahr und des Kampfes die ganze Kraft einzusetzen.

Jetzt hat die Jugend das Wort (Kollege **Scheer**, wir zählen dich in diesem Falle auch noch zur Jugend!), und mit ihren lustigen Darbietungen sichern sie sich den verdienten Beifall aller Gäste. Unterdessen rückt die Uhr immer weiter vor. Nach den Spielen der Jugend lockt die Kapelle selbst die Alten, die sich doch auch noch so jung fühlen, zu einem Tänzchen. Spät ist es schon, als die Vorsitzende die gut gelungene Feier mit einigen warmen Worten, das heute abend Gehörte und Gesehene zu beherzigen, beschloß.

Sicher haben alle, die dort waren, daselbe gedacht wie wir: es war eine Feierstunde der proletarischen Solidarität, des Gemeinschaftsgebankens. Sie war schön, trotz aller Heze unserer politischen Gegner — ja — trotz alledem! E. B.

Bekanntmachungen

Am 11. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 26. Januar. Heidenheim 100.—
 - 27. Lorsch 100.—, Löhne 33.—
 - 28. Danzig 150.—, Koblenz 13.80.
 - 30. Nordhausen 600.—, Dühren 38.30.
 - 31. Berlin 500.—, Trier 183.90, Hanau 150.30, Gießen 344.75.
 - 1. Februar. Lübbecke 3949.90, Dresden 600.—, Minden 350.—
 - 4. Regensburg 87.70.
- Bremen, den 6. Februar 1933.

J. Krohn.